



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Friede und Sachsen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wirkt, als die bescheidenen Geschichten, welche unter dem Namen „Die Kamellen“ Hausbuch der meisten Bürgerfamilien im Norden des Harz, und liebe Gäste in sehr vielen Häusern bis zum Main hinauf geworden sind.

Die vorliegende Novelle ist von dem Dichter seinem werthen Freunde, Julian Schmidt, gewidmet. Es war in früheren Jahren dies Blatt, wo die Poesien Reuters fast zuerst die hohe Anerkennung fanden, welche ihnen auch die ästhetische Kritik schuldet. Möchte den Grenzboten noch oft die Freude werden, vor ihren Landesleuten zu rühmen, was ein Gewinn für unsere Kunst und unser Volksleben geworden ist.

G. F.

Der Friede und Sachsen.

Der Friede mit Oestreich, Bayern, Württemberg, Baden ist vereinbart, die Ratification der Friedensinstrumente, soweit dieselbe nicht bereits erfolgte, steht in den nächsten Wochen zu erwarten. Abtretungen an Land wurden allein Bayern zugemuthet, auch diese sind auf ein Minimum reducirt, die Summe der Kriegskosten, welche den einzelnen Staaten auferlegt wurde, ist verhältnißmäßig nicht hoch gegriffen, sie beläuft sich incl. der östreichischen auf etwa 45 Millionen Thaler. Noch laufen die Verhandlungen mit Hessen-Darmstadt, bei welchem die Gebietsabtretungen und die zukünftige Stellung des Großherzogthums zum Bunde für Preußen eine höhere Bedeutung haben; auch über das Schicksal von Meiningen und Reuß-Grreiz ist wohl noch nichts entschieden; aber auch diese schwebenden Fragen werden voraussichtlich in kurzem erledigt werden.

Daß die Regierungen von Bayern und Württemberg so leichten Kaufs davongekommen sind, hat in Preußen nicht nur die Kriegspartei, auch viele friedliebende Männer betroffen gemacht, und doch war diese Schonung eine durch die Umstände gebotene Klugheit. Allerdings nicht aus dem Grunde noblesse oblige, welchen preussische Correspondenten verbreiteten und Herr v. d. Pfordten geltend gemacht haben soll. Zwei Wege standen der preussischen Regierung offen: entweder viel zu nehmen oder gar nichts. Es lag in ihrer Hand, Bayern bis Nürnberg und Ansbach zu verkleinern, von Württemberg

wenigstens das Gebiet zwischen der Jagt und Tauber zu halten, und dies große Territorium zu einer preußischen Provinz zu machen; dadurch wäre eine Provinz entstanden, gewerbtätig und mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung, groß genug für eine gewisse Kraftentwicklung und für schnelle Erzeugung eines preußischen Selbstgefühls. Die Existenz der südlich gelegenen, sich selbst überlassenen Länder wäre in diesem Fall eine sehr precäre geworden, der dadurch möglicherweise gesteigerte Haß der Bevölkerung war nicht übermäßig zu fürchten, weder die Bayern noch die Schwaben werden, so lange sie nicht dem preußischen Bundesstaat eingefügt sind, in ihrer großen Mehrzahl etwas Anderes sein als Bayern und Schwaben. Für die gesammte Intelligenz dieser verkleinerten Staaten aber wäre der Bundesstaat nach wenig Monden von so maßgebender Bedeutung geworden, daß er doch eine übermächtige Anziehungskraft geübt hätte. Die Regierungen aber werden auch nach dem schonenden Frieden genau wie bisher fortfahren, ihre Souveränität ohne Wahl da zu stützen, wo sie eine Stütze finden, an Oestreich, Frankreich und Rußland, und sie werden auch bei der sorgfältigsten Schonung von der Bundesgewalt für sich nie Gutes, nur Arges erwarten.

Es war also die Rücksicht auf das Ausland, welche diese Schonung veranlaßte, und wir haben kein Recht, damit unzufrieden zu sein. Denn Preußen braucht ein Jahr Zeit, um sein Heer zu ergänzen, sein neues Staatsgebiet zu organisiren und den Bundesstaat zu gründen. Wollte man aber gegen den Süden nicht so weit gehen, als die militärischen Erfolge dieses Jahres gestatteten, so war es immerhin klug, daß man ihm wenigstens jeden Vorwand nahm, bei Fremden Schutz zu suchen. Vorläufig wird den Regierungen von Bayern und Württemberg das Mißbehagen ihrer eigenen Völker genug zu schaffen machen.

Unterdeß sieht Preußen einen großen Theil seiner Kriegskosten in den Staatsschatz zurückfließen; es wird dennoch, so hoffen wir, im Einverständnis mit der Landesvertretung die projectirte Anleihe machen. Denn darüber darf man sich nicht täuschen, wir haben einen ruhmvollen Frieden erreicht, aber durch ihn noch keine friedliche Zeit. Die Stellung Preußens ist so geworden, daß es einer Macht, auch der größten, sehr gefährlich wird, Krieg gegen den Bundesstaat zu führen, aber eine Coalition mehrerer bedroht immer noch mit ernstest Gefahr, so lange die deutsche Frage nicht vollständig gelöst ist und die Großmächte Europas gezwungen sind, ihre eigenen Vergrößerungswünsche und ihre Theilnahme an den deutschen Dynastien für gänzlich aussichtslos zu halten.

Es ist Grund zu der Annahme, daß die Willfährigkeit Preußens in Behandlung der Südstaaten nicht auch in der schwierigsten Frage, welche der Krieg zurückließ, eintreten wird, in der sächsischen. Denn hier handelt es sich in

Wahrheit um eine Lebensfrage Preußens. Die Elbthäler und Eisenbahnen Sachsens führen so nahe an den Mittelpunkt der preußischen Macht, daß alle Resultate des Sieges fraglich würden, wenn Preußen die Disposition darüber aus politischen Rücksichten opfern müßte. Auf der andern Seite kann das königliche Haus von Sachsen nicht so sehr alle Anschauung souveräner Familien von dem Wesen königlicher Macht aufgeben, daß es sich einer Ueberlassung des sächsischen Heeres und der sächsischen Diplomatie an Preußen fügte. Nicht nach der Vorstellung der Völker, aber nach der Ansicht der Fürsten ist die Disposition über Heer und diplomatische Vertretung grade das charakteristische Kennzeichen der Königswürde und nach dieser Auffassung hört das Recht, den goldenen Königsreif zu tragen, mit dem Recht der Heeresführung und freier Gesandtschaften auf. „Sachsen dürfte dann noch ein Herzogthum heißen, nicht mehr ein Königreich.“ Die geheime Renitenz der Könige gegen Oestreich bei dem frankfurter Fürstentag 1863 war in der Hauptsache ein Kampf für ihre Königswürde und König Johann war damals, wo den Fürsten doch weit weniger zugemuthet wurde als jetzt, nach der Meinung seiner Mitsouveräne bis an die äußersten Grenzen patriotischer Opferwilligkeit gegangen. — Sicher auch nach seiner eigenen Meinung, denn dem friedlich gesinnten und maßvollen Herrn galt Blutvergießen im Kriege gegen Deutsche für weniger hart und unerträglich, als die Einfügung in einen Bund, welcher ihm nach dem Entwurf vom 10. Juni doch noch den Mitgenuß der Kriegsherrlichkeit und die Ernennung der Offiziere bis inclusive zum Divisionsgeneral lassen sollte. Freilich gilt dies Königsrecht für untheilbar, mit der Krone unzertrennlich verbunden. Wenn man sich auf diesen Standpunkt königlicher Empfindung zu versetzen versucht, so erscheint es in der That unmöglich, daß der erlauchte Herr unter den Bedingungen, welche ihm Preußen nach dem Kriege und auf Grund des Friedensvertrages stellen muß, für sich und seine Nachkommen eingehe.

Diese Auffassung, daß die Königswürde durchaus unverträglich mit einer Cession der höchsten Regentenrechte an eine höhere Autorität sei, ist übrigens keine individuelle, sie ist auch in Deutschland althistorisch. Der Kurfürst von Sachsen konnte nur für Polen König werden, der Kurfürst von Brandenburg nur für Preußen, weil beide nicht zum heiligen römischen Reiche gehörten. Ein Herzog dagegen, auch wenn er, wie der Großherzog von Weimar, die honneurs royaux besitzt, vermag sich wohl einer solchen Beschränkung seiner Souveränität zu fügen, ohne daß dadurch die Ehre seiner fürstlichen Würde eine unerträgliche Einbuße erleidet.

Während nun Preußen möglicherweise durch den Friedensvertrag und das Ausland verhindert wird, das Territorium Sachsen dem preußischen Staate einzuverleiben, ist mehrfach durch die Presse angedeutet worden, daß eine Ueber-

tragung der Succession an die ältere Linie des wettiner Hauses als eventuelles Auskunftsmitglied in Betracht gezogen werde.

Es sei erlaubt, mit den gebotenen Reserven bei diesem heiklen Punkt zu verweilen, wenn auch nur um unsere Leser darüber zu orientiren. Wenn die Substitution der ältern Linie in Sachsen durch Preußen betrieben werden sollte, so würden drei Schwierigkeiten zu überwinden sein. Zunächst würde es wahrscheinlich jedem der in Frage stehenden Herren bedenklich und illoyal erscheinen, eine solche Uebertragung gegen Protest einer depossedirten Linie des eigenen Hauses anzunehmen, und Preußen vor allem würde die Aufgabe haben, dies Hinderniß zu beseitigen.

Ferner würde fraglich sein, ob man bei dieser Substitution auf das Erbrecht und die nach dem sächsischen Hausgesetz geltende Erbfolge Rücksicht nehmen wollte. Eine solche Rücksichtnahme würde allerdings vielleicht den Familienwiderstand verringern. Aber über die Erbfolge in dem Fürstengeschlecht der Wettiner bestehen zwei verschiedene Ansichten. Die eine, welche, wenn wir nicht irren, in Preußen und Weimar Geltung gewonnen hat, nimmt an, daß der Großherzog von Weimar der nächstberechtigte Agnat des königlichen Hauses Sachsen sei; die andere, welche, wie es in den letzten Jahren schien, durch König Johann selbst anerkannt wurde, und welche als die richtige erscheint, vindicirt gegenwärtig das eventuelle Erbfolgerecht dem hohen Hause von Meiningen. In dem sächsischen Hausgesetz gilt nämlich, so weit uns bekannt, die sogenannte lineal-Gradual-Folge des Lehnrechts. Nach diesem System wird auf den nächsten gemeinsamen Stammvater vorhandener Linien zurückgegangen, innerhalb der nächstberechtigte Linie aber wird nicht auf die später abzweigten älteren und jüngeren Häuser Rücksicht genommen, sondern auf die Nähe des Gradverhältnisses, in welchem die derzeit lebenden Stammgenossen zu dem gemeinsamen Stammvater, also auch zu dem Erblasser, stehen.^{*)} Nach diesem System ist in der ernestinischen Linie nicht das später abzweigte ältere Haus Weimar, sondern, da innerhalb der Parentel nur die Nähe des Grades entscheidet, das Haus Meiningen erbberichtigt. Denn von den jetzt regierenden

*) Der gemeinsame Stammvater der ernestinischen und albertinischen Linie ist Friedrich der Sanftmüthige († 1464), in der Linie seines Sohnes Ernst ist Herzog Johann († 1605) gemeinsamer Stammvater der ältern Linie Weimar und der jüngern Ernestiner: Meiningen, Altenburg-Illdburghausen und Coburg-Saalfeld. — Die größere Gradnähe der Herzöge von Meiningen stammt von Anton Ulrich († 1763) her, welcher zuerst mit der bürgerlichen Tochter des Hauptmanns Casar vermählt war, bei dem Kaiser für seine Gemahlin und Kinder Reichsfürstenstand und Successionsrecht durchsetzte, erleben mußte, daß ein späterer Kaiser diese Ernennung cassirte, und noch im Greisenalter eine ebenbürtige Ehe schloß, von welcher er erbfähige Nachkommen erhielt, deren Geburt er seinen feindlichen Agnaten auf den größten Follbogen anzuzeigen pflegte.

hohen Herren der ernestiniſchen Linie ſind Meiningen im 22., Gotha im 24., Altenburg und Weimar im 25. Grade mit dem Könige von Sachſen verwandt.

Aber welchen Werth man auch ſonſt auf die eventuelle Erbberchtigung legen möge, es giebt politiſche Gründe, welche auf die Entſchlüſſe Preußens nicht ohne Einfluß ſein dürften. Könnte das Haus Weimar in Sachſen etablirt werden, ſo würde dadurch eine neue proteſtantiſche Dynaſtie mit faſt zuſammenhängendem Grundbeſitz, der von der Elbe bis über die Werra reicht, in Mitteldeutschland conſtituirt werden. Es iſt ſehr zweifelhaft, ob das im Intereſſe des deutſchen Bundesſtaates liegt. Bei Meiningen wäre faſt daſſelbe Bedenken. Auf eine Ceſſion ſeines biſherigen Beſitzes aber zu Gunſten der übrigen Erneſtiner würde zuverlässig keines der beiden hohen Häuſer eingehen. In jedem dieſer beiden Fälle würde eine neue Familie in Sachſen geſchaffen, deren Conſervirung dann eine Pflicht Preußens wäre. — Nur bei einem lebenden Regenten der ernestiniſchen Häuſer würde Preußen ohne große Schwierigkeit über eine weitere als lebenslängliche Einſetzung hinwegkommen.

Aus dieſen Gründen iſt eine ſolche Einführung verwandter Wettiner nicht leicht, und der Sachſe wird gut thun, wenn er die Andeutungen darüber, welche von Berlin ausgegangen ſind, nicht als einen fertigen Plan auffaßt, die Zukunft des Königreichs zu beſtimmen.

Das nächſte Intereſſe Preußens bei den Verhandlungen mit den ſächſiſchen Bevollmächtigten iſt vorausſichtlich, an ſeinen Forderungen feſtzuhalten, ſeine factiſche Herrſchaft in Sachſen unterdeß zu behaupten und in keinem weſentlichen Punkte nachzugeben. Denn allmählig wird den Sachſen ſelbſt der fürchterliche Ernſt ihrer Lage klarer, und wie warm das Herz zu Gunſten der alten Zuſtände ſpricht, der ruhig abwägende Verſtand des geſcheidten Volkes hat ſeinen Widerſpruch dagegen begonnen. Es iſt ein harter und ein ſchwerer Kampf in Seelen, Familien, Parteien, aber die Erkenntniß, daß man nur die Wahl habe, ſich einem neuen, nach jeder Richtung ungenügenden Interimisticum zu fügen, oder ſich kurz entſchloſſen für Preußen zu erklären, wird in vielen lebendig.

Wer aber die Rückkehr alter Zeiten von der Hilfe Frankreichs erwartet, der möge ſich nicht täuſchen. Kaiſer Napoleon wird einen Krieg gegen Preußen für die größte Gefahr ſeines Lebens und ſeiner Dynaſtie halten, denn er weiß, daß die allgemeine Wehrpflicht dem kleineren Preußen länger weit beſſeres Material zu neuen Heeren ſchafft, als ſein großes Frankreich aufzubringen vermag. Außerdem zieht ſich in dem fernen Südosten über der Türkei ein Wetter zuſammen, das ſchwerlich noch durch diplomatiſche Kunſt zu beſchwören iſt, und die große orientaliſche Frage wird, wenn ſie jezt zum Austrage

kommt, die neue Stellung, welche Preußen in Europa gewonnen hat, befestigen, und die höchsten Interessen unsers Vaterlandes in preußischem Sinne entscheiden helfen.

Hamburg und Bremen.

Zwischen Deutschlands beiden großen Welthandelsplätzen besteht eine rege alte Eifersucht. Die letzten Monate haben nicht verfehlen können, derselben neue Nahrung zu geben. Der Contrast zwischen Bremens eifrig-freiwilligem Anschluß an Preußen und Hamburgs halb erzwungenem, die Ueberbietung der volkreichern und vermögendern Stadt durch die andere bei Gelegenheit der Gaben für die Opfer des Krieges, endlich die erfolgreichen Unterhandlungen des Herrn S. H. Meier in Berlin, haben in Hamburg, wie es scheint, eine ziemlich allgemeine Mißstimmung gegen Bremen hervorgerufen. Nur aus einer solchen wenigstens läßt es sich leidlich erklären, wenn nicht allein mehr im Privatgespräch, sondern auch in hamburger Blättern über Bremens Preußenfreundschaft die Nase gerümpft wird, als wäre sie lediglich ein Product kaufmännischer Speculation. Es ist wahr, den Bremern verspricht ihre Parteilichkeit für Preußen gut zu bekommen. Aber was hielt die Hamburger ab, sich gleiche oder noch größere Vortheile zu verschaffen? Es war eben, als man sich zu entscheiden hatte, für Preußens definitiven Triumph noch keinerlei Garantie gegeben. Bremen wagte es darauf hin, daß Oestreich und seine Verbündeten den Sieg davontrügen, in welchem Falle ihm ein hartes Schicksal, vielleicht sogar die Einverleibung in das Welfenreich nicht erspart geblieben sein würde. Wenn der damit an den Tag gelegte politische Muth jetzt seine Belohnung findet, so wird vom rein kaufmännischen Standpunkt am wenigsten dagegen zu sagen sein. Aber es war in der Umgebung Bremens an die preußische Sache lange nicht Alles, nicht einmal das Meiste, nicht einmal Viel Berechnung und Wagniß. Eine ganze Bevölkerung, gemischt aus allen verschiedenen Classen der Gesellschaft, stimmt und steuert nicht nach speculativen Gesichtspunkten. Die monatlichen Hausfassungen für die Verwundeten — in denen einzelne hamburger Stimmen abenteuerlicherweise einen besonders drastischen Beleg für den in Bremen gelübten Terrorismus erblicken wollen — wären unmöglich gewesen, wenn nicht ein übereinstimmendes, mächtiges Gefühl Hoch und Niedrig beherrscht hätte. Ohne die Aussicht, in der großen Mehrzahl der Häuser gut aufgenommen zu werden, entschließen sich hunderte von unabhängigen Männern nicht, von Haus zu Haus den Sammelbeutel zu tragen. Der Einfluß der gebildeten Classen auf die weniger gebildeten aber ist in einer Handelsstadt nirgends so groß, daß die letzteren etwa nicht riskiren sollten ihren Beitrag zu verweigern, wenn er für eine nicht durchaus populäre Sache in Anspruch genommen würde.